

BLZK-Vizepräsident beschwert sich bei von der Leyen

Realitätsferne Kampagne der Bundeswehr

Der Vizepräsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Dr. Rüdiger Schott, hat sich bei Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen beschwert. Stein des Anstoßes ist die aus seiner Sicht realitätsferne Werbekampagne der Bundeswehr. „Mit Verwunderung habe ich die Plakatwerbung des Sanitätsdienstes zur Kenntnis genommen“, schrieb Schott an von der Leyen. Durch die Werbekampagne werde „gerade jener Personenkreis, der die Bundeswehr in seiner Freizeit engagiert unterstützt, als Profiteur dargestellt, obwohl damit oft erhebliche finanzielle Nachteile verbunden sind“, kritisierte Schott, der selbst Oberarzt der Reserve ist und in den vergangenen Jahren regelmäßig an Reserveübungen teilgenommen hat.

Das Plakatmotiv mit dem Slogan „Hier kämpfst Du für Deine Patienten. Nicht für den Profit“ zeigt eine Unteroffizierin des Sanitätsdienstes bei der Untersuchung eines Soldaten. In seinem Schreiben wies der BLZK-Vizepräsident, der auch standespoli-

tisch für den Freien Verband Deutscher Zahnärzte im Einsatz ist, außerdem auf die dünne Personaldecke der Bundeswehr im Bereich der approbierten Heilberufe hin. Eine permanente Unterstützung durch Reservistenleistende sei deshalb unumgänglich. Das macht Schott auch in einem Artikel deutlich, der im Bayerischen Zahnärzteblatt erschienen ist (siehe unten).

Die Ministerin antwortete besänftigend: Der Slogan sei nur als eines von zehn Sprüche-Motiven zu verstehen, die plakativ das sinnstiftende Element des Arbeitgebers Bundeswehr herausarbeiteten, heißt es in dem Antwortschreiben. Aber von der Leyen betonte: „Reserveoffiziere leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag, um den Auftrag der Streitkräfte zu erfüllen. Dieses Engagement findet innerhalb und außerhalb der Bundeswehr größte Anerkennung.“

red

Aktiv in der Reserve

Der Zahnarzt in der zivil-militärischen Zusammenarbeit

Mit dem Begriff „Bevölkerungsschutz“ assoziiert man in den meisten Fällen Bilder von Katastrophen mit vielen Verletzten und Rettungssanitätern im Dauereinsatz. Für den Zahnarzt scheint an solchen Unglücksorten kein Platz zu sein. Warum diese Berufsgruppe dennoch ein wertvoller Partner in der zivil-militärischen Zusammenarbeit sein kann, zeigt der folgende Beitrag

Die zivil-militärische Zusammenarbeit begann 1962, als ein Orkantief in Hamburg und weiten Teilen Niedersachsens zu einer verheerenden Sturmflut führte. Angesichts der gewaltigen Schäden forderte der damalige Innensenator und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt Kräfte der Bundeswehr und der in Deutschland stationierten westlichen Besatzungsmächte zur Unterstützung an.

Erfahrungen von 1962

Gerade der Einsatz der Bundeswehr war vom Grundgesetz nicht gedeckt, weil man bei ihrer Gründung – sensibilisiert durch die negativen Erfahrungen aus der Weimarer Republik und dem Dritten Reich – einen Militäreinsatz im Inneren eingeschränkt hatte. So ist die erfolgreiche Hilfe für die Hamburger Bevölkerung einzig dem glücklichen Umstand geschuldet, dass die damals Verantwortlichen vor Ort und in den Streitkräften bereit waren, auch ohne rechtliche Grundlage aus der akuten Notwendigkeit heraus zu handeln.

Die Änderung von Artikel 35 Grundgesetz im Jahr 1968 basierte auf den gewonnenen Erfahrungen aus dem Jahr 1962 und

weitete die bereits vorgesehene Amtshilfe auf den Einsatz der Streitkräfte in Katastrophen- und Unglücksfällen aus. Die Bundeswehr unterstützt die zivilen Behörden im Großschadensfall oder bei besonderen Schadenslagen auf Basis der Amtshilfe und des Subsidiaritätsprinzips. Das bedeutet, dass die Bundeswehr nur dann zum Einsatz kommt, wenn der Umfang der Schadenslage die Kräfte und Mittel auf ziviler Seite übersteigt beziehungsweise Spezialfähigkeiten, wie zum Beispiel Pionierkräfte zur Deichverteidigung, erforderlich sind.

Die neue Konzeption der Bundeswehr

In der neuen Konzeption der Bundeswehr erfolgt die zivil-militärische Zusammenarbeit durch die Landeskommandos der jeweiligen Bundesländer, das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr und das Kommando Sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung. Hierzu stützt sich die Bundeswehr regional auf ein Netzwerk aus Reservistenleistenden. Sie sind in ihren jeweiligen Landkreisen von der Bundeswehr beauftragt, die Zivilverwaltung in der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu beraten, um Hilfeleistungen der Bundeswehr zu koordinieren.